

Es gilt das gesprochene Wort

Freigabe 29. 01. 2009: 16.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Landrat
Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrte Gäste
und Vertreter der Medien!

Was für ein Jahr liegt hinter uns?
Von der amerikanischen Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise.
Vom Wirtschaftsboom zum Absturz.
Von der Steueraffäre zum Managergehalt.
Täglich neue Schlagzeilen – neue Horrormeldungen – getreu der alten
Journalistenweisheit: **Bad news are good news** – bleibt dann so manche gute Nachricht
auf der Strecke und ist den meisten Zeitungen angesichts der Krisen, Konkurse und
Katastrophen keine Zeile wert.

Und so lautete die Nachricht:
Deutschland hat den besten Ruf unter allen Nationen.
Das ergab eine Umfrage in 20 Industriestaaten. Gefragt war nach den Kategorien Kultur,
Menschen, Export, Einwanderung und Tourismus.
Warum ich das für erwähnenswert halte?
Natürlich will ich die aktuelle Lage nicht schönreden – doch über den Tellerrand sollten
wir schon blicken! Und da bleibt festzuhalten, dass wir kaum noch eine Antenne für das
Positive haben. Die Marke Deutschland hat Klasse – unser Land ist beliebt – und man
beneidet uns. Im Vergleich mit anderen Ländern geht es uns sogar sehr gut.

Und wir sollten als langjähriger Exportweltmeister uns nicht durch die Medien zum
Weltmeister im Wehklagen machen lassen – so kommentierte das der Frankfurter
Zukunftsforscher Eike Wenzel in seiner Studie.
Auch an unserem Kreis ist die Krise nicht vorbeigegangen. – Der Kreis hatte seine eigene
kleine Welt –
Uns allen ist die SWAP-Geschichte der EGW nahegekommen und mir als ehemaligem
Aufsichtsratsmitglied mehr als unter die Haut.
Ich will hier nicht nachkarten oder schönreden. Die Konsequenzen mussten gezogen
werden! Das habe ich von Anfang an gesagt. Doch es berührt mich
immer noch, wenn es damals überall hieß: Das Geld ist verbrannt worden oder verzockt!
Wir hatten als Aufsichtsratsmitglieder Risikogeschäfte ausgeschlossen! Guten Gewissens
haben wir geglaubt, dass das ausreicht. Heute wissen wir es besser!
Und es berührt mich auch, wenn es bei der gleichen Bank heute heißt, sie ist mit rund 20
Mrd in „Schieflage“ geraten!
Welch ein semantischer Geniestreich!

Bei uns „Lehrern“ und „Hausfrauen“: – kaufmännischer Diletantismus – dort versammeltes Fachwissen.

Bei uns Unvermögen: – dort spricht man von Liquiditätsausfällen und Bilanzberichtigungen.

Bei uns spricht man von „zocken“ – dort überlegt man, ob man eine „Bad Bank“ gründet! Ich erinnere an das Unwort des Jahres „notleidende Bank“!

Doch auch diese Krise hat – wie viele andere auch – etwas Positives: Wir werden heute die Zuständigkeiten und inneren Strukturen der EGW **da** positiv verändern, wo es notwendig ist!

Aber eines ist auch sicher: In ihrem angestammten Bereich hat die EGW immer hervorragend gearbeitet.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den neuen Aufsichtsratsmitgliedern, die in einer schwierigen Zeit und unter schwierigen Bedingungen ihr Amt übernommen haben, ausdrücklich Dank sagen für diese Bereitschaft.

Ich wünsche Ihnen allen eine glücklichere Hand, als es uns beschieden war.

Das gilt selbstverständlich über die Parteigrenzen hinweg. Ebenso danke ich den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung.

**Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Die allgemeine Finanzlage und die Daten und Fakten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes sind vom Landrat Gerd Wiesmann und vom Kämmerer Werner Haßenkamp bei der Einbringung des Haushaltes - wie immer sachlich und eindrucksvoll - dargelegt worden.

Ich möchte deshalb auf detaillierte Ausführungen dazu verzichten. Vielmehr möchte ich das Augenmerk auf die Handlungsfelder legen, deren Bearbeitung bzw. Fortführung für die CDU-Fraktion bedeutsam sind.

Der Landrat hat bei der Einbringung des Kreishaushaltes 2009 seine Rede unter das Leitthema „**Flagge zeigen**“ gestellt und auch Flaggen an die Kolleginnen und Kollegen verteilen lassen.

Als ich dann am Ende des Inoffiziums als einer der Letzten meine Tasche aus dem Raum holen wollte, standen noch etliche Flaggen einsam, vergessen und verwaist verteilt auf den Plätzen. (Keine Angst, ich sage nicht wo!)

Offensichtlich – hier setzt meine feinsinnige Interpretation an – wollten einige Damen oder Herren dem Aufruf des Landrates „Flagge zu zeigen“ nicht folgen...

Für mich unverständlich – denn wir brauchen uns nicht zu verstecken!

Im Landkreis-Ranking landesweit unter den Top ten – bundesweit unter den ersten hundert! So vermeldet im Focus money, eine Zeitschrift, die sämtliche 415 Landkreise Deutschlands nach wirtschaftlichen Aspekten unter die Lupe genommen hat. Wir erreichen eine Spitzenarbeitslosenquote – noch nie waren im Kreis so viele Menschen in Arbeit.

Wir hatten die niedrigste Kreisumlage, und werden diesen Spitzenplatz wahrscheinlich verteidigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Herausforderungen für Politik und Verwaltung liegen darin, den Kreis zukunftssicher zu machen!

Einen solchen Spitzenplatz erreicht man nicht mal so nebenbei! Dazu bedarf es eines Zusammenwirkens vieler Faktoren.

Die von außen an uns herangetragene Finanzkrise wird auch am Kreis Borken nicht spurlos vorübergehen. Sie wird uns hier auch vieles abverlangen, und wir werden alle Kräfte mobilisieren müssen, damit die Folgen der Krise für die Menschen in unserem Kreis erträglich bleiben.

Dabei heißt der Ordnungsrahmen immer noch soziale Marktwirtschaft, und der Erhalt der Arbeitsplätze steht an erster Stelle.

Ebenso werden die Konjunkturschwäche und die Wirtschaftsprobleme in unseren kommunalen Kassen wirksam werden – wenn auch mit Zeitverzögerung. Unsere Rücklagen werden sich deutlich vermindern, und es gilt, sehr sorgsam damit umzugehen!

Wir brauchen Reserven!

Deshalb verstehe ich nicht die FDP, die ja von sich behauptet: „Liberale sein immer etwas weitsichtiger“, dass sie die Rücklage schon im Haushaltsjahr 2009 verfrühstücken will – und zwar komplett, und weil das nicht reicht, sogar noch einen Teil des sonstigen Eigenkapitals obendrein – obwohl die Krise bei uns noch nicht angekommen ist. Nun gut – wenn ihr Konjunkturprogramm „nach uns die Sintflut“ heißt, wäre das zu verstehen!

Die Zukunftsfähigkeit des Kreises Borken, des gesamten Münsterlandes, wird bestimmt durch **einen aktiven, innovativen prosperierenden Mittelstand. Nur er bietet die Gewähr für sichere Arbeitsplätze.**

Er bildet das Rückgrat für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Nicht die großen Konzerne haben sich als krisensicher erwiesen, nicht die Großunternehmen, die heute um Unterstützung und Finanzierung buhlen, es ist der Mittelstand!

Die positive wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region haben wir den klein- und mittelständischen -Betrieben zu verdanken. Sie sind es, die Arbeitsplätze schaffen und ausbilden, sie sind es, die Arbeitssuchende in Lohn und Brot 3 bringen und mit ihrem Handeln zum Wachstum unserer Gemeinden und unseres Kreises beitragen.

Heute heißt es: Klein und fein ist wieder in!

Die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises ist nicht von allein gewachsen – sie ist erarbeitet worden.

Wie in der Vergangenheit, so muss auch heute an den richtigen Stellschrauben gedreht werden, um sie durch flankierende Maßnahmen zu erhalten.

Eine dieser Stellschrauben heißt Wirtschaftsförderung. Sie ist eine Denkweise, die sich durch unser Handeln ziehen muss.

Sie ist ein entscheidender Baustein für den Unternehmererfolg. Deshalb setzt die CDU auf passgenaue Wirtschaftsförderung.

Unser Dank gilt hier allen Akteuren, die mit vollem Einsatz arbeiten, die von der WFG, vom Netzwerk West Münsterland, vom AIW, von der IHK und der Handwerkerschaft und

ganz besonders natürlich von den Unternehmern, die die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Ich darf an dieser Stelle Herrn Dr. Kleinschneider und seinen Mitarbeitern zum 40jährigen Jubiläum der WFG nachträglich herzlich gratulieren.

Wichtig für die CDU ist die Vernetzung und interkommunale Verankerung mit dem Kreis. Der Kreis in einer Vermittlungs- und Moderatorfunktion mit seinen Partnerkommunen – das ist das Erfolgsrezept.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Die Zusammenarbeit, wie sie durch verschiedene Projekte, z.B. die Regionale oder im Münsterland e.V. erfolgreich angestoßen wurde, muss intensiviert werden. Wir stehen als Region Münsterland im harten Wettbewerb mit anderen Regionen. Wir dürfen uns da nicht den Schneid abkaufen lassen.

Weitere Stellschrauben sind die sogenannten weichen Standortfaktoren. Dabei ist Bildung eines der herausragenden Themen unserer Gesellschaft. Bildung als zentrales Thema zur Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstandes, aber auch – und das möchte ich besonders betonen – aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit. Der Kreis hat hier frühzeitig reagiert und hat mit seiner vierteiligen Bildungsstudie als Stärken- und Schwächenanalyse nun ein Instrument an der Hand, an den richtigen Stellen gegenzusteuern.

Bildung ist die Zauberformel, wie wir bei der Unterzeichnung des Bildungsvertrages mit unserem Landrat und Staatssekretär

Wienands gehört haben.

Schule allein als Landesaufgabe – die Zeiten sind vorbei. Die Zuständigkeiten sind aufgelöst und verlagert.

Erreicht werden soll eine zielorientierte Vernetzung nebeneinander operierender Bildungsangebote zu einer gemeinsamen Bildungslandschaft mit gleichen Bildungschancen. **Dabei gilt: für jeden Abschluss muss es einen Anschluss geben.**

Wer Menschen in die Lage versetzen will, eigenverantwortlich zu handeln und Chancen wahrzunehmen, der muss ihnen die Möglichkeit geben, sich zu bilden. Das tut unser Kreis. Das tun wir.

Bildungspolitik ist die beste Standortpolitik.

Bildungspolitik ist Konjunkturpolitik.

Was uns Sorgen macht, ist die steigende Zahl von bildungsfernen Familien mit Defiziten im sprachlichen Ausdruck. Eine solche Entwicklung führt zu immer größeren Wissensunterschieden. Noch vor dem Eintritt in die Schule muss deshalb versucht werden, diese Defizite weitestgehend abzubauen, um den Kindern eine relative Chancengleichheit einzuräumen.

Es ist unsere Aufgabe, leistungs- und bildungsfernere Schüler/innen zu motivieren und sensibilisieren, sie leistungsfähiger zu machen, damit der Übergang Schule – Beruf besser gelingt. Deshalb freut es uns, dass der von der **CDU** angestoßene und von vielen Akteuren unterstützte **Berufswahlpass**, so wie es scheint, eine gute Möglichkeit dazu bietet.

Denn ein Mensch, der eine gute Lehre bzw. Ausbildung genossen hat, dessen Chancen, **nicht** arbeitslos zu werden, sind um den Faktor 18 höher. So werden Bildung und Arbeit zunehmend zur Gerechtigkeitsfrage.

Nicht Kinder machen arm, sondern fehlende Arbeitsplätze machen arm.

Wir als CDU setzen hier auf die Leistungsfähigkeit der Familienzentren und der selbstverantwortlichen Schulen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch an den Ausbau des BOZ und seinen angegliederten Kindergarten erinnern, den wir mitfinanzieren.

Viele mittelständische Unternehmen pflegen Kontakte zu den umliegenden Hoch- und Fachhochschulen und erarbeiten gemeinsam praxisorientierte Lösungen. So findet ein Wissenstransfer durch Vernetzung statt. Ein Innovationsnetzwerk, auf das die Unternehmen bei Bedarf zurückgreifen können.

Wir bedauern an dieser Stelle, dass wir nicht die Stärkung für den Fachhochschulstandort Bocholt erreicht haben, den wir uns erhofft hatten. Aber wir geben nicht auf! Die **40 Fachhochschulplätze für Ahaus** sind ein ganz wichtiges Signal, über das wir uns freuen und das wir als Chance zur Stärkung und Weiterentwicklung unserer Region als Hochschulstandort nutzen werden. Wie wichtig unsere vor Jahren initiierte **Bildungsstudie** ist, hat sich in den letzten Tagen deutlich gezeigt.

Ansprechen möchte ich hier die Sicherung von Schulstandorten im Zeiten von zurückgehenden Schülerzahlen. Hier kann die Lösung, wie sich jetzt schon an einigen Standorten zeigt, nur in der Zusammenarbeit liegen. Gemeinsam ist man stärker!

Mehr als 60 Akteure aus Bildung, Wirtschaft und Verwaltung arbeiten auf einer gemeinsamen Bildungsplattform zusammen. Ich nenne hier nur die Stichworte: Bildungsmonitoring und Bildungsportal.

Doch wir sollten auch kritisch zur Kenntnis nehmen, dass es nicht unbedingt sinnvoll ist, hinter allen Ergebnissen und Lösungsvorschlägen hinterherzulaufen.

Wir sind ein Flächenkreis und der erfordert auch andere Bildungsgänge.

Nicht das reine Abitur an einer allgemeinbildenden Schule ist reine Wahrheit. Bei uns im Kreis Borken zeigt sich, dass auch eine stufenweise Weiterbildung zu höheren Zielen führen kann. Und da stehen wir am Ende gar nicht so schlecht da wie ausgewiesen.

Wenn Kinder hierzulande nicht länger Armuts- und Berufsrisiko sein wollen, dann müssen wir Familie endlich genauso behandeln wie jedes Unternehmen. Wir müssen junge Menschen zur **Gründung des Unternehmens „Familie“** befähigen und ermutigen. Die Verantwortung für Familie und Beruf ist immer noch ungleich verteilt zwischen Müttern und Vätern. Doch auch hier vollzieht sich ein rasanter Wandel. Heute nehmen bereits 20 der jungen Väter die Elternteilzeit in Anspruch und 80 % der Frauen möchten nach der familienbedingten Pause wieder in ihren Beruf zurück. Unsere Gesellschaft braucht diese Frauen in den unterschiedlichen Berufen und Positionen. Damit es Müttern leichter gelingt, ihre beruflichen Ziele auch mit mehreren Kindern weiterzuverfolgen, müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Ich bin vor wenigen Tagen einer Einladung zu einem Bündnistreffen für Familie in Hannover gefolgt. Wir sind einer der wenigen teilnehmenden Kreise neben mehreren hundert lokalen Bündnissen. Uns hatte man eingeladen, weil wir mit unserem **Familienkompass** und mit unserem **Frühwarnsystem** besondere Aufmerksamkeit und Beachtung gefunden hatte.

In einer für mich bedeutsamen Rede vor ca. 350 Bündnisvertretern/innen hat dort ein Unternehmer aus dem norddeutschen Raum mit über hundert regionalen Filialen Stellung zur Familienpolitik bezogen.

Hier nur einige Postulate: Familienpolitik ist nachhaltiges Wirtschaften.

Wo sonst lernt man eine Werteorientierung und solidarisches Handeln.

- Ohne Familie wird die Zukunft nicht beherrschbar.
- Familie ist Zukunft.
- Familie ist Chance für den Mittelstand.
- Nur durch Familienpolitik generieren wir Wettbewerbsvorteile.

Ausführlich begründete er diese Unternehmensphilosophie einer arbeitsmarktzentrierten Familienpolitik.

Infrastruktur

Die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur ist eine der Kernaufgaben des Kreises und ist eine zentrale Frage der Standortqualität für Unternehmen. Verschlechtert sich der Zustand, sinken die Leistungsfähigkeit und Attraktivität.

Die Folgen sind nicht nur Verkehrsprobleme, die die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigen und als Standortnachteil zu werten sind!

Deshalb müssen Investitionen in die Infrastruktur auch in schlechten Zeiten unbedingt erhalten bleiben.

Auf das Thema „Mobilität“ gehe ich später noch ein.

Die CDU setzt sich für eine ständige Verbesserung der Kommunikationstechnologie mit **Breitbandvernetzung** ein, ebenso wie für die in der Logistik (der Wachstumsbranche) noch unzureichenden Verbindungen zu den Wirtschaftszentren.

Eines muss auch deutlich gesagt werden: Wer Gewerbeflächen ablehnt, raubt den Kommunen die Zukunft.

Wer Gewerbeflächen vor Ort ablehnt und Firmen auf überdimensionierte leerstehende Gewerbegebiete im Ruhrgebiet verweist oder in anderen Randlagen ansiedeln will, muss auch über einen neuen Verteilungsschlüssel der Gewerbesteuern nachdenken, um den hiesigen Kommunen die Zukunft zu sichern.

Und ich möchte den Bürgermeister sehen, der sich auf dieses Spielchen einlässt.

Dies alles – dessen bin ich mir bewusst – sage ich unter der Prämisse –Allianz für die Fläche, die aber auch Gewerbeflächen nicht ausschließt.

Flugplatz Wenningfeld

Nicht außen vor lassen möchte ich meinen Betrachtungen den Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn –Vreden. Aufgrund der genehmigungsrechtlichen Situation und der nicht einfachen Grundstücksverhandlungen konnte in 2008 leider nicht wie gewünscht die Verlängerung der Start- und Landebahn erfolgen.

Vielmehr schien fast die schon zeitnahe Realisierung überhaupt in Frage zu stehen. Doch viele Akteure haben sich für den Ausbau des Flugplatzes eingesetzt. Mit Erfolg!

Eine seit Dezember vorliegende Genehmigungsänderung und die Ankündigung von Fördermitteln seitens des Landes erlauben es, auf der Grundlage bestehender Kreistagsbeschlüsse in 2009 mit der ersten Ausbaustufe zu beginnen. Sicher verlangen derartige Projekte von allen Beteiligten erhebliche Stärke, Durchhaltekraft und ein Denken weit über eigene Kirchtürme hinaus. Aber sie zeigen unseren Firmen, dass Kreis und Kommunen gemeinsam an der Entwicklung einer modernen Infrastruktur arbeiten, damit unser Wirtschaftsstandort auch zukünftig attraktiv bleibt.

Ein Wort noch zum Kollegen Steiner.

Ihre in den letzten Wochen mit Vehemenz vorgetragene Kritik zum Ausbau des Landesplatzes Wenningfeld – ob durch Fragenkataloge oder in Presseberichten – hat vorzeitigen Wahlkampfcharakter.

Ihre Paradigmenwechsel vom Gasgeben zur Vollbremsung sind nicht überzeugend, es ist ein Ablenkungsmanöver.

Man kann seine Blutgruppe nicht wechseln. Aber Sie wollen ja doch nur mit beiden Beinen ins grüne Nest. Das durchschaut jeder!

Bauchschmerzen, was die vergangenen Jahre anbelangt, haben nicht nur Sie, die haben auch wir. Unsere Bauchschmerzen sind durch die Hürden verursacht – oder besser gesagt – durch die Knüppel, die man uns im laufenden Genehmigungsverfahren zwischen die Beine geworfen hat, von welcher Seite auch immer.

Was mich bestärkt, und was mich noch immer überzeugt am Ausbau festzuhalten, ist erstens:

Der Kreis ist für die Infrastrukturmaßnahmen der Region zuständig und für uns ist der Ausbau eine notwendige Strukturmaßnahme;

Und zweitens: solange auch die SPD am Ausbau des Landesplatzes „Schwarze Heide“ festhält- auch als Infrastrukturmaßnahme gedacht – so lange kann unsere Sichtweise nicht falsch sein.

Alle drei Anträge, Wenningfeld auszusetzen, sind dem Wahlkampf geschuldet:

So soll das Thema “Landebahnverlängerung“ bis zur Wahl – wie man so schön sagt – am Kochen gehalten werden.

Wie der Kollege Eisele im Kreisausschuss mit wohlgesetzten Worten den Landrat unverhohlen aufforderte, die bestehende Beschlusslage **selbst** auszuhebeln, war an Söffisanz kaum zu überbieten. Stand dahinter doch der Versuch, über ein Bürgerbegehren den Ausbau insgesamt zu kippen.

So kann man Vertrauen in die Politik verspielen. Wahltaktische Spielereien mögen vielleicht kurzzeitig von Erfolg gekrönt sein, doch Vertrauen findet man nur durch Ehrlichkeit und Verlässlichkeit.

Wenn Fraktionen sich nur über Kritik definieren und Mehrheitsentscheidungen erst nach Verwaltungsgerichtsurteilen akzeptiert werden, dann läuft etwas falsch. Und es schlägt durch Politikunwilligkeit und Wahlmüdigkeit auf uns alle zurück.

Es ist für uns allerhöchste Zeit, dass wieder Ruhe, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit in die Reihen, in die Politik zurückkehren. Wir bereiten sonst anderen den Weg, die wir hier alle nicht sehen wollen. Schaden nehmen dann alle bürgerlichen Parteien, und es gewinnen die Rattenfänger von rechts und links.

Arbeit, Soziales und Gesundheit

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

die Budgets Arbeit, Soziales und Gesundheit stellen die größten Posten unseres Haushaltes dar.

Sie sind nicht leicht händelbar, da immer wieder neue, unvorhersehbare Entwicklungen Einfluss auf diese Budgets nehmen.

Sehen wir zurück auf das abgelaufene Jahr, dann denke ich, können wir mit dem Erreichten im Kreis Borken sehr zufrieden sein.

Der Kreis Borken verfügt über eine der niedrigsten Arbeitslosenraten der letzten Jahre. Im Vergleich mit anderen Regionen in NRW, ist der Kreis Borken sogar in das Spitzenfeld aufgerückt.

Rund 4000 neue Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren geschaffen worden!

Den Betrieben im Kreis Borken sei von dieser Stelle aus Dank gesagt. Jeder Arbeitsuchende, der ernstlich für sich ein Betätigungsfeld sucht, kann dies hier bei uns im Kreis Borken auch finden.

Danken möchte ich an dieser Stelle aber auch den Arbeitsvermittlern, den Fallmanagern, die in den „Service-Punkten Arbeit“ bei den Kommunen tätig sind.

Ich denke, wir können mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken und auch mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

Auch der nächste Kreistag wird auf das Instrument der **Option** nicht verzichten müssen. So hoffen wir, dass die bisher positive Entwicklung hier im Kreis Borken, nicht der weltweiten Wirtschaftsflaute zum Opfer fällt.

Wir haben aber auch deutliche, **negative Veränderungen im Haushalt 2009** zu erwarten. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind fehlende Bundes- und Landesmittel vom Kreis auszugleichen. Das alles belastet unseren Etat und natürlich auch die Haushalte unserer Städte und Gemeinden im Kreis.

Weitere Aufwandssteigerungen haben wir im Bereich des **Pflegewohngeldes** und bei der **Hilfe zur Pflege** zu erwarten. Diese begründen sich mit **steigenden Fallzahlen** und durch den Bau neuer Einrichtungen in Borken und Bocholt. Auch hier wird es nach Schätzungen der Verwaltung zu einem Mehraufwand von ca. 750 T- € kommen und dies trotz Mehrleistungen aus der Pflegeversicherung.

Seit dem Sommer haben wir ein neues Pflegeversicherungsgesetz. Dieses Gesetz sieht vor, dass die **Pflegeberatung** ausgebaut werden soll. In erster Linie soll dies Aufgabe der Pflegekassen sein.

Mit unserem Projekt „**Leben im Alter**“, haben wir für den Kreis Borken genau in diesem Bereich schon viel auf den Weg gebracht.

So ist in den nächsten Jahren in allen Orten unseres Kreises eine Wohnumfeldberatung für Pflegebedürftige durch das DRK sichergestellt.

Dies ist der richtige Ansatz um Menschen die auf Pflege angewiesen sind ihr Weiterleben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Dies ist nur ein Punkt aus dem Konzept „Leben im Alter“. Wir von der CDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass Hilfen und Unterstützung vor Ort die richtige Antwort auf den demographischen Wandel bei uns im Kreis Borken sind.

Aber in unserer Gesellschaft leben auch Mitmenschen, die seit ihrer Geburt mit körperlichen- und geistigen Behinderungen leben müssen.

Die Zahl **behinderter Menschen** steigt auch bei uns im Kreis Borken kontinuierlich an. Diese Menschen dürfen wir von der Politik nicht übersehen oder gar vernachlässigen. Sie sind gerade auf unsere besondere Aufmerksamkeit angewiesen.

Wir haben deshalb zwei Anträge in diese Haushaltsberatungen eingebracht.

1. Wir wollen, dass der Stellenanteil für die **Behindertenberatung** wieder erhöht wird um für Menschen mit Behinderungen ein Zeichen zu setzen, und dem erhöhten Beratungs-, Informations- und Koordinationsbedarf dieser Menschen gerecht werden.
2. Wir wollen den Ausbau der **familienunterstützenden Hilfen** im Kreis Borken. Familien mit behinderten Angehörigen haben oft keine Freiräume für sich selbst. Besuche von Theatern, Kinos, Tanzveranstaltungen o. ä. sind eher die Ausnahme. Ebenso wie wir unseren älteren Mitmenschen die Möglichkeit bieten ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen, so wollen wir dies auch für unsere behinderten Mitmenschen in ihren Familien

sicherstellen. Dazu müssen für Angehörige Entlastungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Wir unterstützen deshalb die Initiative des LWL zum Aufbau von Strukturen, um Familien entsprechende Hilfen zukommen zu lassen.

Mein Eindruck bei der letzten Sitzung des Sozialausschusses im Dezember des vergangenen Jahres war, dass wir über alle Parteigrenzen hinweg die gleiche Zielrichtung verfolgen.

Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle bei allen im Kreistag vertretenen Fraktionen bedanken.

Den Menschen im Kreis Borken sind wir alle gemeinsam verpflichtet.

Jugend und Familie

Für Kinder und Familien war der 01.08.2008 nicht irgendein Datum. Denn an diesem Tag trat das lang und kontrovers diskutierte neue **Kinderbildungsgesetz, kurz Kibitz** genannt, in Kraft. Im Vorfeld wurde viel hineingelegt, was nicht hineingehörte und viel Wirbel gemacht, der sich im Nachhinein als laues Lüftchen herausstellte.

Dass es bei so einer gravierenden Neuerung zu Anpassungs- und Eingewöhnungsproblemen kommen kann, ist vollkommen normal. Die Untergangspropheten, die es zuhauf gab, haben jedenfalls nicht Recht bekommen. Frühkindliche Bildung ist für uns eine der Aufgaben, an der sich auf Dauer die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet. Hier werden Grundlagen und Fundamente gelegt, die für das spätere Leben unserer Kinder von ausschlaggebender Bedeutung sind. Deshalb stehen wir voll und ganz hinter den Zielen dieses Gesetzes. Damit bejahen wir auch den Mehraufwand, der auf uns zukommt. In 2008 (für 5 Monate) haben wir 960.000--€ mehr aufgewendet, in 2009 werden es rund 2,8 Mio € sein. Wir haben damit die Grundlagen geschaffen, das gesteckte Ziel – bis 2013 insgesamt 35% an Plätzen für die Altersgruppe der unter Dreijährigen bereitzustellen – zu erreichen. Wir sind voller Optimismus, dass uns das gelingen wird.

Die Erhöhung der Vergütung für die **Tagesmütter** zeigt, dass wir es ernst meinen. Wir werden die Vergütungssätze so anheben, dass den Tagesmüttern durch die seit dem 01.09.09 geltende Besteuerungspflicht keine Nachteile entstehen. Dass wir damit richtig liegen, zeigt sich an dem Bedarf, den Eltern an Tagespflegeplätzen haben. Waren es Mitte 2006 noch 50 Kinder, waren es Mitte 2008 bereits 350 Kinder die ganztägig betreut wurden!

Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt und unsere Hausaufgaben gemacht!

Eine Entscheidung für ein beitragsfreies, letztes Kindergartenjahr (SPD-Antrag) ist sicherlich auch für die CDU ein wünschenswerter Zustand.

Auch wir wissen, dass es Kommunen gibt, die das eingeführt haben, auch unter CDU – Führung, z.B. die Stadt Bedburg.

Nur unsere Situation ist eine andere.

Wir haben einen Kreis mit 4 Oberzentren und eigenem Jugendamt, 2 Mittelzentren und 11 Gemeinden. Da kann man nicht ohne konzertierte, vorgeplante Absprache diese Entscheidung von oben überstülpen.

Natürlich ist die SPD in der Oppositionsrolle in einer komfortablen Situation und kann dieses beitragsfreie dritte Kindergartenjahr gut fordern – trifft es doch auch die Landesregierung.

Ich möchte die SPD daran erinnern, dass schon Johannes Rau die Beitragsfreiheit für Kindergärten 1980 einführen wollte, doch all die Jahre nicht in der Lage war, sich damit gegen seine Finanzminister durchzusetzen.

Ich mache für die CDU-Fraktion deutlich: – ohne ein gemeinsames Vorgehen und Mitmachen aller Beteiligten ist das Ansinnen: **Betragsfreiheit für das 3. Kindergartenjahr nicht** durchzusetzen. Erst recht nicht unter den gegenwärtigen nicht kalkulierbaren Entwicklungen, die doch stark unter der Finanzkrise leiden werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle allen Mitarbeitern/innen in den Kindertagesstätten, allen Tagesmütter und allen Trägern herzlich danken, die sich für die Umsetzung des Kibiz zum Wohle unserer Kinder eingesetzt haben und sich weiter engagieren werden!

11

Meine Damen und Herren,

damit wird auch gleichzeitig deutlich, woraus sich die Steigerung im Budget 02 ableitet: Sie ist zum größten Teil – fast zu 2/3 – auf unsere „**Zukunftsinvestitionen**“ in die frühkindliche Bildung zurückzuführen.

Wir sind uns allerdings auch bewusst, dass nicht nur unsere jüngsten Kinder zukunftsgerichtete Rahmenbedingungen und Einrichtungen benötigen.

Alle Kinder und Jugendliche brauchen das. Darum werden wir den Vereinen und Verbänden, die **Kindererholungsmaßnahmen** durchführen und Bildungsmaßnahmen organisieren, einen höheren Zuschuss zahlen. Wir haben dabei auch die Familien im Blick, die ihren Kindern keinen Urlaub bieten können.

Durch die Erhöhung der Bezuschussung wird dies für zahlreiche Kinder wieder möglich.

Meine Damen und Herren, Kinder zu schützen, wenn es sein muss auch gegen ihre eigenen Eltern, gehört zu den wesentlichen und primären Aufgaben der Jugendhilfe. Damit es erst gar nicht dazu kommt, haben wir im Rahmen des **Bündnisses für Familie** das Projekt „**Frühwarnsystem**“ ins Leben gerufen. Wir können mit Stolz darauf verweisen, dass wir es geschafft haben, alle wichtigen Vertreter von Einrichtungen und Institutionen im Gesundheitsbereich an einen Tisch zu bekommen und gemeinsam Standards, Absprachen zu vereinbaren.

Mit diesem Haushalt stellen wir Gelder für Projekte ein, die im Rahmen des Frühwarnsystems erarbeitet worden sind.

Wir beteiligen uns z.B. an den Personalkosten für Fachkräfte an den Krankenhäusern in Coesfeld und Bocholt, die z.B. schon früh Probleme bei Neugeborenen und deren Eltern erkennen und Hilfen anbieten können.

Das, meine Damen und Herren, hat nichts zu tun mit dem „**Big brother is watching you**“, so wie es neulich in einem Kommentar im BBV zu lesen war.

Im Gegenteil! Frühe Hilfe und Unterstützung ist angesagt! Diese Arbeit setzen wir in diesem Jahr fort mit dem Blick auf Kinder von 6 – 10 Jahren.

Am 30.06.2009 läuft die Befristung für die Schulsozialarbeiterstellen aus. In den nächsten Wochen haben wir also zu entscheiden, wie es damit weitergeht. Eine der wesentlichen Fragen, die es zu klären gilt, bezieht sich auf die zukünftige Trägerschaft. Ich vermag nicht einzusehen, warum wir die erfolgreiche und bewährte Struktur aufgeben sollten, die Schulsozialarbeiter/innen beim Kreis einzustellen, haben sie doch dort auch die fachliche Anbindung. Solange es keinen nachvollziehbaren Grund gibt und nicht eindeutig klar ist,

dass eine Änderung der Trägerschaft nachweislich Verbesserungen bringt, solange ziehe ich eine Änderung der derzeitigen guten Situation **nicht** in Betracht.

Ich plädiere für eine Ausweitung!

Besser können wir unser Geld nicht anlegen!

Besser können wir Prävention nicht betreiben!

Meine Damen und Herren,

nach wie vor ist der Bedarf an erzieherischen Hilfen steigend. Das liegt auch an dem erhöhten Problembewusstsein in der Öffentlichkeit, die inzwischen genauer hinsieht und weniger Hemmungen zeigt, Fälle von Kinderverwahrlosung beim Jugendamt zu melden. Die oft mangelhafte Erziehungsfähigkeit ist vielfach die Ursache für spätere Probleme. Umso wichtiger wird die Ausweitung der Prävention auf die Familienzentren, da diese eine bessere und gezieltere Reaktion auf die vielfältigen familiären Probleme ermöglicht. Sinnvoll unter diesen Umständen könnte sich die Koordination und Moderation des Kreisjugendamtes erweisen, die Arbeit der Familienzentren zu koordinieren und gegebenenfalls nach Arbeitsschwerpunkten zu gliedern, sodass sich ein Netzwerk an Hilfsangeboten ergibt. So könnten nebenbei auch Synergieeffekte erzielt werden.

Diese Situation ist in allen Jugendämtern zu beobachten. So ist es nicht verwunderlich, dass allein für ambulante Erziehungshilfen rd. 500.00 € mehr aufgewendet werden müssen. Allerdings sind diese Mehraufwendungen nicht allein auf steigende Bedarfe zurückzuführen, sondern auf steigende Kosten im Personalbereich, die die mit den Erziehungshilfen beauftragten freien Träger an die öffentliche Jugendhilfe weitergeben müssen.

Gerade aufgrund dieser Anstiege sind wir der Auffassung, dass wir mit unseren Anstrengungen im präventiven Bereich nicht nachlassen dürfen. Förderung von Beratungsstellen, Anlauf- und Kontaktstellen, Jugendarbeit und eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung tragen dazu bei, die Kosten nicht ins Uferlose ansteigen zu lassen. Deshalb haben wir auch dem Antrag der Eheberatungsstellen zugestimmt, einen höheren Zuschuss zu gewähren. Denn in nicht unerheblicher Teil ambulanter erzieherischer Hilfen resultiert aus Trennungs- und Scheidungssituationen.

Allerdings sollten wir auch realistisch bleiben: Die Jugendhilfe allein kann gesellschaftliche Trends, die zu Kostensteigerung führen, nicht umkehren.

Umwelt

Die Entwicklung im Umweltbereich kann sich sehen lassen!

Der Dreiklang Mensch, Natur und Wirtschaft findet in gleichem Maße Beachtung. Der UA hat zusammen mit der Verwaltung unter Herrn Grothues die verschiedensten Projekte auf den Weg gebracht.

Grundlage sind die politischen Vorgaben für die mittelfristigen Ziele und Maßnahmen:

1. So wird die Umsetzung der **kooperativen Landschaftsplanung** immer mehr verfeinert, um die Betroffenen so früh wie möglich einzubinden. Zukünftig werden die Landschaftspläne -wie schon in Raesfeld - im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung durch eine Bürgerversammlung eingeleitet.
2. Angesichts des enormen Flächenverbrauches wird der behutsame Umgang mit der freien Landschaft, also fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen, die für die Lebensmittelproduktion gebraucht werden, eines der wichtigsten Ziele für die Zukunft werden. Auf Antrag der CDU haben der Landrat und die Verwaltung mit den berufsständischen Vertretern der Landwirtschaft eine Erklärung verfasst, die den Titel trägt:

„Region in der Balance – regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken“.

Tag für Tag werden im Kreis 1,2 ha Fläche versiegelt, das ist mit über 30ha in jedem Monat die Fläche eines Bauernhofes. In den letzten 10 Jahren sind somit 5000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche verloren gegangen. Ausdrücklich möchten wir aber betonen, dass nach wie vor die notwendigen Siedlungs- und Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollen. Durch intelligente Lösungen wie Siedlungsverdichtung, Einbindung der Stiftung Kulturlandschaft und privater Ökokonten sollen möglichst wenige freie, fruchtbare Flächen zersiedelt werden. Um den Dialog mit den beteiligten Akteuren, Kommunen, Planungsbehörden, Verbänden, der Wirtschaft, den betroffenen Eigentümern, interessierten Einzelpersonen und Gruppen fortführen zu können, stellen wir noch einmal finanzielle Mittel zur Verfügung.

3. Besonders das 3. Ziel, die **Pflege und Entwicklung der Naturschutzgebiete** unter Berücksichtigung einer verträglichen Erholung, nimmt mit der Umsetzung des Ziel –2- Wettbewerbes konkrete Formen an. Hier ist es in besonderem Maße gelungen, die Bedürfnisse von Mensch, Natur und Wirtschaft zu berücksichtigen. Die erfolgreiche Teilnahme an dem Landeswettbewerb hat es möglich gemacht, dass für ca. 2,6 Mio € Maßnahmen in und um die NATURA 2000 in Gebieten des Kreises Borken durchgeführt werden können. Die EU und das Land fördert diese Maßnahmen mit 80%.

In Zeiten der Finanzkrise ist dies gut angelegtes Geld in die Infrastruktur von Natur und Tourismus – also Wirtschaftsförderung im besten Sinne.

Bedingung ist allerdings, dass nachfolgend keine Verwaltungs- und Unterhaltskosten entstehen dürfen.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die **„Regionale 2016“**. Sie bietet die Möglichkeit über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg, ein neues Strukturprogramm als **ZukunftsLAND** für das Westmünsterland zu erarbeiten. Mit der Regionale lassen sich zukunftsweisende Projekte entwickeln, an denen wir uns als politisch Verantwortliche gerne beteiligen wollen und müssen, denn es wird viel Geld ausgegeben, das sinnvoll angelegt werden muss.

4. Im UA wurde im März 2008 einstimmig ein CDU-Antrag verabschiedet, der ein „Regionales Klimabündnis“ auf den Weg gebracht hat. Dies ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz, der die Reduzierung von Treibhausgasen zum Ziel hat. Erfolgreich stattgefunden hat bereits eine große Informationsveranstaltung mit interessierten Verbänden, Institutionen und Schulen sowie kreisangehörigen Kommunen. Es wird ein weiterer Antrag folgen, der mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden die erneuerbaren Energien fördert.

Fazit: Wir sind im Kreis Borken auf einem guten Weg. Trotz unterschiedlichster Interessenslage hinsichtlich der Nutzung der wertvollen Flächen gelingt es immer wieder, durch einen offenen Dialog und fairen Ausgleich eine Balance zwischen den Betroffenen herzustellen.

Diesen Weg gilt es auch zukünftig fortzusetzen.

Schule Bildung Kultur Sport

Investitionen in die Rahmenbedingungen für Bildung und Ausbildung sind für uns selbstverständlich. Wir sind stolz darauf, dass es keine Bilder von bröckelnden Wänden

und rostigen Leitungen an Schulen in Trägerschaft des Kreises Borken geben wird. Deshalb geben wir 200.00 € für die Standardausstattung des Berufskollegs aus und investieren, wo Neues nötig ist: etwa eine halbe Million für den offenen Ganztagsbetrieb der Sprachschule in Gescher mit Mensa und zeitgemäßer Fotovoltaikanlage, für den dritten Bauabschnitt und den Umzug des BOZ in Ahaus 1,25 Mio € und demnächst für den Betriebskindergarten der BBS noch einmal etwa 200.000 €. Die Bildungsstudie steht weiterhin im Haushalt und wird weiter entwickelt und umgesetzt. Erste Erfolge zeichnen sich ab, wie z.B. beim Modell der Ausbildungslotsen.

Kultur:

„Bei uns ist ihr Geld sicher“ hieß es auf einem Transparent am Freiburger Theater. „Bei uns ist ihr Geld sicher“ spielte an auf die Finanzkrise und sollte darauf hinweisen, dass es noch eine andere Welt gibt als die des Geldsparens oder Geldhortens oder Geldspekulierens.

Nirgends ist Geld sicherer angelegt als mit dem Erwerb einer Karte fürs Theater, Museum oder einer anderen Kultureinrichtung.

Keine Geldanlage ist sicherer und zukunftsorientierter und nachhaltiger!

Die kulturelle Vielfalt des Kreises fördern wir u.a. mit der Beteiligung an der Aktion Sommer-Schlösser-Virtuosen, an der deutsch-niederländischen Grafikbörse und weiteren Einzelprojekten.

Ein ganz großes **Kulturprojekt** befindet sich noch „in statu nascendi“, wird aber von uns sehr wohlwollend begleitet, und wir wünschen uns dabei ein zügiges, ergebnisorientiertes politisches Handeln: **Das kulturhistorische Zentrum in Vreden,**

Wir sind uns mit der SPD einig, dass die Notwendigkeit am Hamalandmuseum, Archiv und landeskundlichem Institut etwas zu tun, enorme positive Potentiale in sich birgt – auch im Hinblick auf die Regionale 2016. Sobald als möglich wollen wir mögliche Konkretisierungen sehen, z.B. durch einen Architektenwettbewerb.

Sport

Der Sport ist mehr als körperliche Betätigung.

Er leistet einen hohen Beitrag zur Jugendpolitik, zur Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik. Deshalb hat er für die CDU eine hohe Präferenz, zumal viele von uns zu Hause in Sportvereinen verankert sind. Was hier im ehrenamtlichen Bereich geleistet wird, wäre sonst nicht finanzierbar. Deshalb hat das Ehrenamt für die CDU-Fraktion – aber nicht nur im Bereich Sport – einen sehr hohen Stellenwert.

Bei der Förderung des Sports ist der Kreis mit unserer Unterstützung ein zuverlässiger Partner: Die Übungsleitersätze von 100 € pro Übungsleiter für kleinere Gemeinden und einer Pauschale für die vier größeren Städte mit Jugendamt sind und bleiben ein fester Faktor.

Wir freuen uns, dass die europäische Akademie des Sports sich nach dem Rückzug des Landessportbundes neu aufgestellt hat. Die CDU im Kreis Borken sieht in dieser Akademie eine bedeutende Bildungseinrichtung, die unsere Region gerade in dem wichtigen Thema grenzüberschreitender Bildungsarbeit bei der Profilbildung helfen kann. Ich erhoffe mir von ihr auch innovative Impulse für unseren Pakt für den Sport im Kreis Borken.

Bauen - Wohnen - Verkehr

Der vorliegende Haushaltsplan erfüllt in den Bereichen Bauen – Wohnen – Verkehr die Erwartungen und Vorgaben der Fraktion.

Das gilt in besonderer Weise für unsere Gebäudewirtschaft. Hier bietet der vorgelegte Energiebericht mit seinen aktuellen Daten und Aussagen eine solide Grundlage, Klimaschutzziele und Energieaufwendungen in Einklang zu bringen.

Die CDU bedankt sich ausdrücklich für die gute Vorarbeit.

Wir sehen uns so in der Lage, sachgerechte und objektive Entscheidungen zu treffen.

Ich nenne hier nur als Ergebnis die Vorlage 328/2008, die Heizungsanlage im Kreishaus nicht zu ändern.

Die Verfolgung der Klimaschutzziele bleibt weiter im Focus – der Versuch eines gemeinsamen Antrags zur Photovoltaik ist dafür ein Beispiel.

Ebenso werden wir die Einrichtung eines Energielehrpfades weiterverfolgen.

Verkehr

Verkehrswege sind die Lebensadern eines Raumes – egal ob im Land, im Kreis oder in der Kommune.

- Deshalb treten wir als Kreis für ein konsequentes Weiterverfolgen des **Lückenschlusses der B 67n** ein.
- Wir wollen eine **Verbesserung der Nahmobilität** erreichen. Hier gilt es, Kindern und älteren Mitbürgern Teilhabe und Sicherheit zu bieten.
(So zieht z.B. eine Veränderung der Krankenhauslandschaft durch Spezialisierung eine Veränderung des ÖPNV nach sich).
- Wir widmen uns intensiv der Gemeinschaftsaufgabe: **Reduzierung der Unfallzahlen durch Aufklärungsarbeit sowie Durchführung verschiedener Aktionen in Kindergärten und Schulen**. Ebenso wollen wir die **Verkehrssicherheit durch Erhaltungs- und Baumaßnahmen** erhöhen.

Fahrradfreundlicher Kreis Borken

Mit großer Überzeugung und mit Nachdruck setzen wir uns für die **Entwicklung und Verbesserung der Radwegeinfrastruktur** ein. Schließlich werden **30% der Verkehre kreisweit mit dem Fahrrad** durchgeführt. Deshalb investieren wir viel Geld in den Radwegeaufbau. Die von uns angestoßene Entwicklung hat in den Gemeinden große Resonanz gefunden, und bis zum Jahr 2012 ist das Ausbauprogramm - schon gemeinsam gezeichnet - ein voller Erfolg und eine Bestätigung unserer Politik. Von der **Einrichtung eines Fahrradforums** und von **öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen** versprechen wir uns, viele Menschen zum Radfahren im Westmünsterland zu animieren.

ÖPNV

Gestatten Sie mir noch einen Satz zur ÖPNV. Die CDU-Fraktion begrüßt die Übernahme der Geschäftsanteile der Städte mit Eigenanteil am Unternehmen Regionalverkehr Münsterland GmbH durch den Kreis.

Die Übernahme ist unternehmerisch geboten und hält die Möglichkeit offen, Verkehrsleistungen ohne Ausschreibung im Wege der Direktvergabe zu tätigen. Hierzu ein Danke an die Verwaltung, die für ein reibungsloses Prozedere gesorgt hat und damit hoffentlich einen Weg in eine gute Zukunft für den ÖPNV eingeleitet hat.

Verwaltung

Wie in der Vergangenheit, so hat sich auch in diesem Jahr das gleiche Ritual bei der Haushaltseinbringung abgezeichnet.

Beklagt wurde durch die Bürgermeister die **Höhe der Umlage** und der **Personalbestand** der Kreisverwaltung!

Nicht zur Kenntnis genommen wurde von der kommunalen Familie, dass wir mit unserer Umlage münsterlandweit und auch darüber hinaus einen Spitzenwert halten und das z.B. in den vergangenen 7 Jahren der Personalbestand um 67 Stellen abgebaut wurde, trotz Aufgabenverlagerung in verschiedenen Bereichen!

Ich spreche hier nicht von den vom Land finanzierten Stellen.

Für uns als CDU nicht hinnehmbar ist der Zustand, dass die Jahresabschlüsse 2006 und 2007 noch nicht abgeprüft sind! Dieser Zustand wird lange beklagt – es hat sich nichts geändert.

Hier muss der Landrat handeln!

Hier sieht die CDU-Fraktion dringenden Handlungsbedarf; notfalls muss der Landrat auch ordnend eingreifen.

Wir haben in unseren Haushaltsberatungen auf diesen Zustand hingewiesen und den Beteiligten bis zum 01.03.09 Zeit gegeben, zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.

Ist das nicht der Fall, wird sich die CDU-Fraktion nicht scheuen, diesen Auftrag extern zur Lösung zu bringen – mit Konsequenzen!

Schluss

Wer an einen erfolgreichen Ausgang der Krise glaubt, hat weitaus größere Chancen, ihn zu erreichen, als die ewigen Dauernörgler.

- Wer ständig nur das Haar in der Suppe sucht und nicht über seinen Tellerrand hinausblickt, der wird auch nicht die Chance sehen, sie sich auch in einer Krise bietet.
- Wer heute noch ständig das Aus von Frau und Wirtschaft beklagt, wird auch in FAMM keine Chance sehen!
-

Hier kann man von den Chinesen viel lernen – sie benutzen ein und dasselbe Schriftzeichen sowohl für die Krise als auch für die Chance.

Deshalb sollten wir die Akzente auf die Chancen legen, die sich für unseren Kreis und für die hier lebenden Menschen bieten. Bei ihnen liegt die Zukunft des Kreises – in der Gemeinschaft – im Miteinander- im Zusammenwirken aller Kräfte!

Und die CDU hat Vertrauen in die Menschen des Kreises Borken.

Haushaltsreden – für die Mehrheitsfraktion eine Gelegenheit, sich ins rechte Licht zu rücken- für die Opposition eine Gelegenheit zur Generalabrechnung.

Wir werden sehen!

Ich habe versucht, mich weitgehend zurückzuhalten und hoffe, ich habe Sie nicht zu sehr gelangweilt.

Bedanken darf ich mich namens der CDU- Fraktion **bei unserem Landrat Gerd Wiesmann**, der seinen letzten Kreishaushalt eingebracht hat, für die vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit.

Gleiches gilt für unseren **Kämmerer Werner Haßenkamp** und seiner Mannschaft.

Dank auch für die fundierte Begleitung und den offenen Diskussionsprozess durch die Fachausschüsse.

Den geschätzten Kolleginnen und Kollegen danke ich für die produktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Ich habe viele vertrauensvolle Gespräche über die Fraktionsgrenze hinweg führen dürfen und bin auch in einer schweren Zeit auf viel Verständnis und Mitgefühl gestoßen. Das war nicht selbstverständlich.

Dank Ihnen allen.

Und es wird Sie sicher nicht verwundern:

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.